

Finanzhilfen für Lindenbrauerei **CDU-Unna will Bürgerentscheid**

am 31. März 2014 um 15:51 Uhr

UNNA Die Bürger in Unna könnten über weitere Finanzhilfen für die Lindenbrauerei entscheiden. Das schlägt die CDU vor.



Die Lindenbrauerei in Unna.

Sie will, dass der Rat in seiner nächsten Sitzung am 10. April einen Bürgerentscheid auf den Weg bringt. „Sollte unser Vorschlag die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung von zwei Dritteln der Ratsmitglieder erhalten, könnten die Wählerinnen und Wähler bereits am Tag der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 auch über die Zukunft der Lindenbrauerei befinden“, sagt CDU-Fraktionsvorsitzender Gerd Heckmann.

CDU will Bürgerwillen folgen

Er will einen entsprechenden Fraktionsantrag bereits an diesem Montag bei Bürgermeister Werner Kolter einreichen. „Im Klartext heißt das für die CDU, dass wir der weiteren jetzt im Raume stehenden Zuschussgewährung in Höhe von rund 75.000 Euro nicht zustimmen werden. Wenn die Bürgerinnen und Bürger letztlich für weitere finanzielle Zuschüsse an die Lindenbrauerei votieren, werden wir dem Bürgerwillen folgen.“ Die Verwaltung hatte in der vergangenen Wochen vorgeschlagen, der angeschlagenen Lindenbrauerei in diesem Jahr weitere 75000 Euro zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug soll das Kulturzentrum möglichst schnell Vorschläge eines Gutachters zur Verbesserung der Finanzlage umsetzen.

Piraten und Freie Wähler geht es zu schnell

Grundsätzlich begrüßen die Piraten Unna das Instrument des Bürgerentscheides. Allerdings sehen sie die Initiative der CDU zum jetzigen Zeitpunkt eher kritisch. Ein Ratsbürgerentscheid müsse sorgfältig vorbereitet werden. Das erscheine bis zur Kommunalwahl sehr kurzfristig. Auch die Freien Wähler sind gegen einen Schnellschuss. In Sachen Lindenbrauerei verlange die CDU von unseren Bürgerinnen und Bürgern ganz kurzfristig eine ultimative Entscheidung, die sie selber trotz Gutachten, intensiver Vorinformation und Beratung nicht treffen kann oder will. Wenige Wochen vor dem Ende der Legislatur einfach die „Brocken“ hinzuwerfen und eine Entscheidung unter dem Deckmantel der Bürgerbeteiligung zu verweigern sei unverantwortlich.